

# „Ursachen müssen anderswo liegen“

RZ vom 8. März: FDP: Hauptursache der Finanzmisere ist die Kommunalreform mit Verbandsgemeinden.

„Würde die Behauptung der FDP: ‚Eine der Hauptursachen für die derzeitige finanzielle Misere in unserem Land ist die Kommunalreform mit Bildung der Verbandsgemeinden‘ zutreffen, dürfte es in den Bundesländern, wo eine Verwaltungsreform noch nicht stattgefunden hat, keine finanziellen Probleme der Städte und Gemeinden geben. Da aber die bestehende Finanznot der Kommunen bundesweit vorhanden ist, müssen die Ursachen anderswo liegen. Zugegeben, durch die Bildung der Verbandsgemeinde werden die Ortsgemeinden stärker belastet. Das ist unvermeidlich, denn eine hauptamtliche Verwaltung ist teurer als eine ehrenamtliche. Man macht es sich jedoch zu einfach, wenn man alle den Ortsgemeinden, seit Bildung der Verbandsgemeinde, entstandenen Mehrkosten diesen anlastet.“

Am Beispiel der Verbandsgemeinde Nastätten soll dies verdeutlicht werden: Durch den Aufgabenübergang gingen u. a. die Schulangelegenheiten, der Brandschutz und die Unterhaltung der Gewässer III. Ordnung von den Ortsgemeinden auf die Verbandsgemeinde über. Die bisher für diese Aufgaben in den örtlichen Haushaltsplänen veranschlagten Mitteln müssen nunmehr im Verbandsgemeindehaushalt eingesetzt werden. Im Rechnungsjahr 1976 betragen diese Aufwendungen:

Schulen: Schuldendienst, laufende Aufwendungen 951 923 Mark oder rund 33,5 Prozent der Verbandsgemeindeumlage.

Brandschutz: Schuldendienst, laufende Aufwendungen 106 530 Mark oder rund 3,75 Prozent der Verbandsgemeindeumlage.

Gewässer III. Ordnung: Unterhaltungsmaßnahmen 30 000 Mark oder rund 1 Prozent der Verbandsgemeindeumlage.

Außerdem mußte die Verbandsgemeinde ab 1. Januar '76 erstmals die Schülerunfallversicherung in Höhe von 30 000 Mark voll übernehmen, was ebenfalls rund 1 Prozent der Verbandsgemeindeumlage ausmacht.

Allein die Aufwendung durch den Aufgabenübergang ‚belasten‘ die Ortsgemeinden mit 39,25 Prozent-Punkte der Verbandsgemeindeumlage. Ohne diese Aufgabenverlegung hätte die Umlage 20,25 Prozent betragen.

Viel entscheidender für die Finanznot der Gemeinden ist jedoch der ständige Rückgang bei den wichtigsten eigenen Einnahmen.

So gingen in den 33 verbandsangehörigen Gemeinden der Verbandsgemeinde Nastätten die Überschüsse aus dem Gemeindeforest von 695 140 Mark im Jahre 1974 auf 143 000 Mark (geschätzt) im Jahre 1977 zurück. Die Gewerbesteuererinnahmen verringerten sich im gleichen Zeitraum von rund 3 Millionen Mark auf 1,8 Millionen Mark (geschätzt). Insgesamt also ein Einnahmeausfall von rund 1,75 Millionen Mark innerhalb von 4 Jahren. Für diese negative Entwicklung kann man nicht die Verbandsgemeinden verantwortlich machen, dafür sind andere zuständig.

Eine Rückübertragung von Aufgaben von der Verbandsgemeinde auf die Ortsgemeinden könnte zwar im Einzelfall sicherlich von Vorteil sein, grundsätzlich bringt sie den Ortsgemeinden jedoch keine finanzielle Entlastung.

Will die FDP die Verbandsgemeinde und damit auch die Ortsgemeinde finanziell stärken, dann bitte ich sie, sich sowohl im Bundestag, als auch im Landtag dafür einzusetzen, daß weniger Gesetze verabschiedet werden, deren Hauptfinanzlast von den Kommunen getragen werden müssen.“

Erwin Damrau  
Bürgermeister der  
Verbandsgemeinde Nastätten

## „Der Computer und der Koks“

„Vor fünf Jahren wurde von der Stadt Nastätten ca. fünf Tonnen Koks auf freiem Gelände unterhalb der Verbandsschule ausgelagert. Dieser Koks, der inzwischen erheblich an Qualität und Quantität eingebüßt hat, fristet heute dort noch sein Dasein. Verwaltungsmäßig ist dieser Koks vom Computer nicht erfaßt, da man naturgemäß einen Computer nicht mit Koks füttern kann. Das besagt, was vom Computer nicht gespeichert wird, ist für die Verwaltung nicht existent. Meine Anfrage in der

Stadtratssitzung vom Dezember 1975, also vor über einem Jahr, wem dieser Koks gehöre, wurde von Stadtbürgermeister Kunert dahingehend beantwortet, daß dieser Koks damals an die Verbandsgemeinde übergeben worden sei, was auch den Tatsachen entspricht, und zwar am 1. 1. 1973. Der bei dieser Stadtratssitzung anwesende 1. Verbandsbeigeordnete, Herr Geschner, notierte sich den Fall, scheinbar vergeblich. Ein Computer mag eben keinen Koks.“

Rudolf Müller, Nastätten